



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sie lachte: Und was kriegt der Sanko zum Entgelt, wenn er weggeschenkt wird?

Eine glückliche Zukunft!

Franzi zuckte die Achsel: Dann behalt ich ihn gewiß nicht. Ich kann für meine eigne Zukunft nicht einstehn, für eine andre schon gar nicht. Ihnen thut aber auch gar nichts weiter not. Sie sind doch einer von den wenigen, die überhaupt eine „Zukunft“ haben!

Gehns, machens keine Sprüch!

Die Sprüch sind nicht von mir. Ich werd mich nicht unterstehn, einem mein Lob anzuhängen in einer Sach, von der ich kein Schein versteh. Aber wissen Sie, was der Sell aus Wien zu mir gesagt hat, vorhin, wie er mit mir getanzt hat?

Fräulein tanzen zu sehen, das ist Passion?

Ja, das hat er zuerst gesagt, und dann hat er von Simon Sanko gesprochen. Unser großer Meister Sanko, hat er gesagt!

Setzt zuckte Schimi die Achseln und schob die Augenbrauen hinauf wie Fragezeichen.

Zum Malen gehört Charakter, sagte er, mehr noch als Talent! Aber Kind, wenn Sie sich für meine Zukunft interessiren, so schaun Sie sich einmal nach meinem Schuh um. Der Kelety richtet nichts aus, und so klein sind doch die Dinger nicht, daß man sie nicht finden könnt. Vorhin, wie ich ihn verloren hab, ist er mitten durch den Saal geschossen, nicht ausgewichen, nichts nach den Tänzern gefragt! Wahrscheinlich ist einer drüber gefallen und hat ihn in der Wut weggeschleudert, daß man nicht so bald wieder was von ihm sieht.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Wie nun weiter? Daß die Vertretung des deutschen Volks beim achtzigsten Geburtstage Bismarcks nicht amtlich mitwirken konnte, ist betäubend. Daß die Verehrer des großen Staatsmanns den Tag so herrlich wie möglich begingen, war selbstverständlich. Nichts hätte sie aber gehindert, ihn noch weit herrlicher zu begehen. Sie konnten z. B. dem monumentum aere perennius, das sich der alte Geld selbst gesetzt hat, ein zweites, wenn auch bescheidneres, so doch ebenfalls in seinen Wirkungen fortdauerndes beifügen: sie konnten einen Kolonisationsfonds von einigen hundert Millionen Mark zusammenschießen. Niemand schelte diesen Gedanken phantastisch! Haben nicht die Franzosen mehr als eine Milliarde ins Wasser geworfen, oder vielmehr den Panamisten in die Taschen gesteckt? Und hieße es nicht unser Volk, das dem französischen den Fuß auf den Nacken gesetzt hat, beleidigen, wenn man leugnen wollte, daß es ebensoviel für einen guten, vernünftigen und notwendigen Zweck aufbringen könne und, sobald ihm die Notwendigkeit klar geworden ist, auch wolle? Also niemand hinderte die Verehrer Bismarcks,

dieses und andres Große zu seinen Ehren zu thun, aber bei der Gelegenheit dem Zentrum und den Freisinnigen das Reichstagspräsidium auszuliefern, das war nicht nötig! Zwar die Konservativen verlieren nichts. Im Gegenteil! Sie haben in Levetzow einen tüchtigen Debatter gewonnen, und ihre Geschäfte, die vor der Hand fast ausschließlich agrarischer Natur sind, werden vom Zentrum so vortrefflich besorgt, daß es nicht einmal die einfache Ablehnung des Antrags Kanitz gestattet, sondern ihm Kommissionsberatung gesichert hat. Aber die Nationalliberalen befinden sich in einer entsetzlichen Klemme. Sie sollen sich für oder gegen die Umstürzvorlage entscheiden, die das Zentrum aus einer Zwangsjacke für die Lohnarbeiter zu einer solchen für alle nicht orthodoxen Publizisten, Gelehrten und Künstler vervollständigt hat. Lehnen sie sie ab, so verlieren sie den letzten Rest ihres Einflusses bei der Regierung, d. h. seit 1890 beim Kaiser, dieses Einflusses, der vor drei Jahren noch so stark war, daß er die Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes durchsetzte, obwohl sich darüber der Kaiser mit sämtlichen Ministern und einer nicht „reichsfeindlichen“ Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses geeinigt hatte. Nehmen sie ihn an, so verlieren sie den letzten Rest ihres Einflusses beim Volke. War es bisher schon manchmal recht schwierig für sie, die zweite Hälfte ihres Namens zu rechtfertigen, so wird das von da ab ganz unmöglich; es bleibt ihnen nichts übrig, als in der freikonservativen Fraktion aufzugehen und diese zu bitten, daß sie die Silbe „frei“ streiche.

Der Streik der „nationalen“ Fraktionen im Reichstage hatte nur dann einen Sinn, wenn man gewiß wußte, daß spätestens am nächsten Tage die Strafe der Auflösung über die Mehrheit verhängt werden würde, und diese wiederum hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn man sicher gewesen wäre, bei der Neuwahl eine andre Mehrheit zu erzielen. Es hat ohne Zweifel Leute gegeben, die beides erwartet haben, und gerade diese sind die Idealisten der Partei, um die es uns leid thut. Werden denen nun endlich einmal die Augen aufgehen angesichts der Thatsache, daß das Zentrum ruhig die Geschäfte fortführt und mit einer ihm durchaus geneigten Regierung (in der Norddeutschen Allgemeinen wird ihm das beste Zeugnis ausgestellt) verhandelt, als ob gar nichts vorgefallen wäre? Werden sie uns nun endlich einmal glauben, daß ihre Politik, die sie zwanzig Jahre lang von Niederlage zu Niederlage geführt hat, eine Politik gegen das Einmaleins ist? Was immer auch der Inhalt dieser „nationalen“ Politik sein möge, so viel steht unleugbar fest, daß sie nur von einer Minderheit der Wahlberechtigten gebilligt wird. So lange nicht der von einigen Grafen im Herrenhause gegebne Rat, die Reichsverfassung umzustürzen, befolgt wird, bleibt diese Politik, wie gesagt, eine Politik gegen das Einmaleins.

Nämlich für die gutgläubigen Idealisten unter den „Nationalen.“ Denn was die Realisten anlangt, so kommen die auch so auf ihre Rechnung, schon vor dem geplanten Verfassungsumsturz. Was von den agrarischen Wünschen erfüllbar ist, gewährt das sehr agrarische und durch und durch schutzöllnerische Zentrum, und den Knebel für die Lohnarbeiter hat es den rheinischen Großindustriellen so schön geliefert, daß sogar der Herr von Stumm damit zufrieden sein könnte. Seitdem die Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ zu ihrem „Rechte“ gekommen ist, bedarf sie der Freiheit der untern Klassen nicht mehr — mit der Wahrheit hat sie es wohl immer so wenig wie andre Parteien genau genommen —, und nicht lange mehr wird es währen, so werden wir wieder, wie in der Konfliktzeit, den Pfarrer mit dem Landrat Arm in Arm die Wahlen machen sehen. Was die Zentrumsparthei von dem ihrigen zur Umstürzvorlage hinzugethan hat, wird den

„liberalen“ Großindustriellen keine Schmerzen bereiten. Sie schreiben nicht in die Zeitungen, lehren nicht von den Rathedern, und zu den hohen Gesellschaftskreisen, in denen sie ihre nicht immer orthodoxen Ansichten austauschen, wagt sich kein Polizist, Späher oder Denunziant hinauf. Und das Zentrum an sich zu hassen hatten diese Herren nur so lange Grund, als es durch Forderung eines weitgehenden Arbeiterschutzes und ähnliche „sozialdemokratische“ Bestrebungen ihrem Interesse feindlich gegenüberstand. Nur die Paritätsfragen und die wohlbegründete Furcht des Zentrums vor einer Verfassungsänderung ziehen zur Zeit noch einen schwer überbrückbaren Graben zwischen diesen beiden „Ordnungsparteien.“

Ist es nicht jammerschade um die trefflichen Männer, die Vertreter der deutschen Intelligenz, die, verführt durch ein falsches und nebelhaftes Ideal, bisher zu ihrem eignen Schaden die Geschäfte von Gesellschaftsklassen besorgt haben, denen sie innerlich fremd gegenüberstehen? Vor zwanzig Jahren mochte der Ausdruck „nationale Politik“ einen Sinn haben. Man konnte darunter die Abwehr katholischer, welfischer und französeler Intriguen gegen den Bestand des neugegründeten Reichs verstehen. Heute haben sich die Verhältnisse nahezu umgekehrt: die sogenannten Reichsfeinde, Katholiken, Sozialdemokraten, Deutschfreisinnige, Elsaß-Lothringer und Polen wollen, daß das Reich so fortbestehe, wie es Bismarck geschaffen hat, während die Großgrundbesitzer und Großindustriellen, die ihre Bestrebungen mit der nationalen Flagge decken, das allgemeine Wahlrecht abschaffen und die preussische Regierung von den Hemmnissen, die ihr die Rechte der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen manchmal bereiten, befreien möchten. Andre Interessen und Aufgaben als dieser Großbesitz hat die deutsche Intelligenz. Mögen ihre Vertreter einmal das Nebelgebild, das sich nationale Politik nennt, auseinanderblasen! Mögen sie das deutsche Volk, seine Wünsche, Kräfte und Bedürfnisse ins Auge fassen und daraus ihre Aufgaben schöpfen! Die deutsche Bauern-, Handwerker- und Arbeiterschaft organisieren, nicht für wüste ziellose Agitationen, auch nicht für kirchliche oder politische Parteizwecke, sondern aus uneigennütziger Liebe zu den Angehörigen dieser Stände für, die geordnete Selbsthilfe, etwa nach dem Muster der westfälischen Bauernvereine, die innere und äußere Kolonisation befördern, auf eine Politik der Machtentfaltung hindrängen, die es allen Deutschen ermöglicht, gesunde, tüchtige, gute und glückliche Menschen zu werden, ein engherziges und chikanöses Polizeiregiment bekämpfen, das die Volkskraft fesselt und lähmt, anstatt ihre Entfaltung zu fördern, das wäre, unter welchem Parteinamen auch immer geübt, sowohl national als liberal, und vor allem patriotisch!

Zur Reform unsers Parteiwesens. Der Geheime Regierungsrat C. von Massow hat seinem in der vorjährigen Nummer 48 besprochenen ausgezeichneten Buche „Reform oder Revolution“ einen Anhang: Die Reform unsers politischen Parteilebens (Berlin, Otto Liebmann, 1895) nachgeschickt, der zwar ganz nützliche Gedanken enthält, im ganzen aber gegen die erste Leistung bedeutend abfällt. Was soll uns der hier entworfne Plan einer Parteiorganisation nützen, wenn eine Partei, die der Sozialdemokratie das Wasser abgraben und die Zentrums-
partei auflösen könnte, gar nicht vorhanden ist? Könnte Massow die Konservativen für sein soziales Reformprogramm gewinnen, so hätten wir eine solche Partei. Die konservative Partei ist aber vorläufig bloß noch eine Agrariierpartei. Nun hält Massow zwar selbst die Agrarfrage für die zur Zeit wichtigste und hat sich von den agrarischen Schlussfolgerungen überzeugen lassen. (Wir unterschätzen den Umstand nicht, daß ein so erfahrener, in mehreren Provinzen Preußens bewandeter

und mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen vertrauter Verwaltungsbeamter dem Grafen Kanitz beipflichtet, lassen uns aber auch durch seine Autorität nicht in unsrer Auffassung irre machen.) Aber gerade an der Agrarfrage zeigt es sich aufs deutlichste, wie wenig es uns nützen könnte, wenn die Parteien durch die vorgeschlagene Reform in höherm Grade als jetzt den Volkswillen oder vielmehr den Willen der von ihnen vertretenen Volksschichten zum Ausdruck brächten. Der Antrag ist, wie Massow selbst bemerkt, vorm Jahre von der überwiegenden Mehrheit des Reichstags entschieden abgelehnt worden. Diese Mehrheit entsprach aber durchaus der Stimmung der Mehrheit des Volkes, und unter den Gegnern befanden sich so anerkannt tüchtige Landwirte und Kenner der Landwirtschaft wie Schulz-Lupitz, Graf Hatzfeld, Freiherr von Schorlemer, Professor Freiherr von der Goltz. Hätte also vorm Jahre das Volk selbst entschieden, so wäre der Antrag Kanitz für immer begraben gewesen, was Herr von Massow für ein großes Unglück halten würde. Wenn es nun mittlerweile der agrarischen Agitation gelungen sein sollte (was noch lange nicht feststeht), die Mehrheit des Volkes davon zu überzeugen, daß es sich vorm Jahre geirrt habe, und dieses Jahr den Antrag annähme, welche Bürgschaft hätten wir dafür, daß die schnelle Bekehrung in einer so wichtigen und schwierigen Sache nicht auf einem furchtbaren Irrtum beruhte? Der Fehler unsrer Zeit, sagt Massow Seite 40 ganz richtig, „in allen Ländern ist, daß die Nationen selbst nicht wissen, was sie wollen.“ Aber der Grund für diese Erscheinung wird nicht ganz richtig angegeben. Er besteht darin, daß die modernen Verhältnisse ungemein verwickelt, die Daseinsbedingungen der Völker daher schwer zu ermitteln sind, und daß die Berufenen mit der Ermittlung keine Eile haben, weil sie fürchten, daß ihnen die daraus folgenden Pflichten schwere Opfer auferlegen könnten. Sehr hübsch ist auch die Bemerkung auf Seite 34: „Wären unsre Verhältnisse normale [normal!], so müßte jeder Deutsche seinen Kanzlerkandidaten in petto haben.“ Das heißt mit andern Worten: das englische Staatsleben ist normal, das preußische das Gegenteil.



Litteratur

Die Weltstellung des byzantinischen Reiches vor den Kreuzzügen. Von Dr. Karl Neumann, Privatdozenten für Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg. Leipzig, Dunder und Humblot, 1894.

Die „Byzantinistik“, eine Bezeichnung, die freilich zu sehr an Byzantinismus erinnert, um schön zu sein, ist in unsrer Zeit eine Wissenschaft geworden. Sie erfreut sich in Deutschland bereits einer Professur und einer eignen, sehr lebendigen Zeitschrift. In der That ist ihr Gegenstand nicht so „tot,“ als er früher allgemein erschien, „da die byzantinischen Studien in Deutschland noch eine wenig beneidete Domäne der klassischen Philologie bildeten.“ Mit der äußern ästhetischen Physiognomie seiner Mönchs- und Schulmeisterlitteratur, die freilich im allgemeinen jenes Urteil verdient, ist Byzanz nicht erschöpft. Der große, glänzende Mittelpunkt der Kultur und Politik während eines Jahrtausends bietet Fäden nach allen